



Luzern, 28. September 2022

**Vernehmlassungsantwort**  
**«Revision Lohnsystem Verwaltung»**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dem Schreiben vom Juni 2022 hat uns der Regierungsrat Reto Wyss eingeladen, zur Revision Lohnsystem Verwaltung (SRL 72/73) Stellung zu nehmen. Für die uns eingeräumte Gelegenheit zur Meinungsäusserung und für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens.

Seitens der Sozialdemokratischen Partei Luzern wird die Gesetzesrevision mit grosser Skepsis zur Kenntnis genommen.

Die Erhöhung der Maximallöhne ist dort nachvollziehbar, wo diese erwiesenermassen nicht konkurrenzfähig sind und zu erheblichen und nachweisbaren Rekrutierungsschwierigkeiten führen. Davon ausgeschlossen sind aus Sicht der SP eindeutig die Löhne der Regierungsrät:innen und Staatsschreiber:innen.

Mit der vorliegenden Lohnrevision soll der Minimallohn in der untersten Lohnklasse auf 45'345 Franken jährlich und 3490 Franken monatlich angehoben werden. Dieser Lohn ist unserem Kanton nicht würdig und reicht kaum zum Bestreiten des Lebensunterhalts aus. Dies gilt im Kontext der derzeitigen Rekordinflation und des damit eingehenden Kaufkraftverlusts umso mehr. Deshalb fordert die SP, dass auch für die untersten Lohnklassen ein Mindestlohn von 4000 Franken garantiert wird. Dazu kommt, dass der Kanton Luzern bedauerlicherweise noch immer an der Auslagerung tendenziell niedriger entlohnter Tätigkeiten im Küchen-, Haus- oder Reinigungsdienst bei Betrieben der kantonalen Verwaltung und an den Kantonsschulen festhält, welche die Arbeitsbedingungen der Betroffenen nachweislich verschlechtert haben. Aufgrund dieser Überlegungen lehnt die SP die geplante Erhöhung der Maximallöhne ab, solange nicht wirksame Lohnmassnahmen für niedriger entlohnte Kantonsangestellte vorgesehen sind.

Kritisch sieht die SP auch die Abschaffung des dreiteiligen Lohnbandes, welches aus einem Funktionsanteil, einem Erfahrungs- und einem Leistungsanteil besteht. Dieses soll über alle Lohnklassen hinweg durch eine Tendenzkurve ersetzt werden, wobei die individuelle Leistung mehr gewichtet werden kann. Während Lohnentwicklungen mit dem aktuellen Lohnsystem nachvollziehbar und begründbar sind, werden sie mit der Tendenzkurve für die Angestellten willkürlich und intransparent.

Aufgrund der Erläuterungen der Vernehmlassungsbotschaft erschliesst sich uns der Mehrwert des neuen Systems mittels Lohnbandes nicht. Die SP erwartet, dass die Arbeitnehmenden des Kantons auch in Zukunft wissen, ob und wie sich Erfahrung und Leistung auf ihre Löhne auswirken. Die Lohnentwicklungen beim Verwaltungspersonal sollen begründbar und nachvollziehbar bleiben und nicht zur Verhandlungssache werden. Fehlende Transparenz und Unklarheit bei der Lohneinstufung fördern die Lohndiskriminierung und die Lohnungleichheit. Die SP befürchtet, dass der Systemwechsel hin zur Tendenzkurve insbesondere beim Kanton angestellte Frauen\* benachteiligt und somit den offiziellen Gleichstellungsbestrebungen der Regierung fundamental zuwiderläuft. Mehr Flexibilität geht nicht immer mit mehr Fairness einher. Aufgrund dieser Argumente lehnt die SP die vom Regierungsrat beschlossenen Neuerungen der Besoldungsverordnung ab.

Zudem fordern wir, dass die Lohnbänder für alle Verwaltungsangestellten um die aktuelle Teuerung angehoben werden.

Aufgrund des Fachkräftemangels, welcher sich vor allem beim Führungs- und Kaderpersonal abzeichnet, befürchtet die SP, dass Lohnanstiege beim mittleren und unteren Verwaltungspersonal in Zukunft ausgesetzt werden. Diesem Personal ist aus unserer Sicht jedoch besonders Sorge zu tragen, weil sie eine zentrale Rolle im Verwaltungsapparat einnehmen. Die SP fordert deshalb eine verbindliche und verlässliche Lohnpolitik für das gesamte Verwaltungspersonal.

Da unter vorliegenden Bedingungen weder würdige Mindestlöhne für unterste Angestellte noch transparente und verlässliche Lohnentwicklungen fürs gesamte Verwaltungspersonal gesichert sind, lehnt die SP die Revision des Lohnsystems der Verwaltung ab.

Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen bestens und stehen Ihnen für ergänzende Auskünfte gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Stephanie Sager  
Kantonsrätin SP Luzern, Mitglied SPK, 078 674 87 44